

NZZ am Sonntag

Europäische Union

Dreister Versuch, die Schweizer Politik zu beeinflussen

Gemäss der Uno-Charta ist es einer Regierung untersagt, sich in die inneren Angelegenheiten eines andern Staates einzumischen. Zivilisierte Länder halten sich heute an dieses Prinzip. Andere weniger: Bei Putin etwa geniesst die Uno-Charta wenig Respekt, weshalb er mit gehackten E-Mails die Wahl von Hillary Clinton zu verhindern versucht. Ähnlich verhält sich die EU-Kommission in Bezug auf die Schweiz. Diese Woche diskutierte eine Ständeratskommission über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Zentraler Punkt: Soll der Vorschlag des Nationalrats, eine «Umsetzung light», verschärft werden? Mitten in diese Beratungen platzte, vermittelt von Schweizer Journalisten in Brüssel, eine alarmistische Meldung: In einem internen Papier melde die Kommission ernsthafte Bedenken an, ob sich der Lösungsansatz des Nationalrats mit dem Freizügigkeitsabkommen vereinbaren lasse. Zu vermuten ist, dass Brüssel dieses Papier genau in diesem Moment geleakt hat, um die Debatte in der Schweiz maximal zu beeinflussen. Der Ständerat sollte davon abgehalten werden, die Nationalratsvorlage zu verschärfen. Nicht zum ersten Mal mischt sich die Kommission dreist in die inneren Angelegenheiten der Schweiz ein. Höchste Zeit, dass der Bundesrat einmal signalisiert, dass sie mit solch putinesken Methoden aufhören soll. (fem.)

Tabakprävention

Bei der Zigarettenwerbung hört die Selbstverantwortung auf

Die Zahlen des Bundesamts für Gesundheit sind enttäuschend: Die Zahl der jugendlichen und erwachsenen Raucher ist seit Jahren konstant, jeder vierte ist süchtig. Das Parlament könnte dies ändern. Es ringt derzeit um ein neues Tabakproduktegesetz. Der Bundesrat, der Tabakwerbung etwa auf Plakaten oder im Kino verbieten will, hat einen schweren Stand. Die Kritiker berufen sich auf den Grundsatz der Selbstverantwortung. Der Staat dürfe sich nicht als Erzieher seiner erwachsenen Bewohner aufspielen. Es genüge, den Verkauf von Tabakprodukten an Minderjährige zu verbieten. Nun zeigen allerdings die Erfahrungen aus anderen Ländern: Das Werbeverbot hilft mit, die Raucherquote zu senken. Und es ist vor allem wegen der minderjährigen Raucher wichtig. Die Mehrheit wird nämlich im Jugendalter süchtig. Das Rauchen ist für Junge nicht deshalb interessant, weil es gesetzlich erlaubt ist, sondern weil das Rauchen nach wie vor eine besondere Aura umgibt, ein positives Lebensgefühl. Vermittelt wird dieses Image auch durch Plakate oder Kinospots. Jugendliche kriegen solche Werbung unweigerlich mit. Ein blosses Verbot, Tabakprodukte an Minderjährige zu verkaufen, kann dagegen nicht viel ausrichten. (ria.)

Terrorismus

Wenn Flüchtlinge Helden sind

In Leipzig wurde diese Woche ein syrischer Terrorist dingfest gemacht. Und zwar nicht von der Polizei, sondern von syrischen Flüchtlingen, die den verdächtigen Landsmann erkannt, überwältigt und den Behörden übergeben haben. Der Fall bestätigt zweierlei: Die Gefahr, dass mit den Hunderttausenden Flüchtlingen auch Terroristen nach Europa gelangt sind, ist real. Und: Die überwältigende Mehrheit derjenigen, die hier Schutz suchen, hat ein ureigenes Interesse daran, Terroristen in den eigenen Reihen zu identifizieren und unschädlich zu machen. Nicht nur, um Anschläge zu verhindern, sondern auch, um ihre friedlichen Absichten unter Beweis zu stellen. Flüchtlinge stärker in die Terrorabwehr einzubeziehen, wird sich lohnen. (at.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Der direkten Demokratie gehört die Zukunft

Die Referendumsdemokratie mit ihren Volksentscheiden ist andern politischen Systemen weit überlegen – aber noch längst nicht perfekt. Es gäbe durchaus Verbesserungsvorschläge, meint Bruno S. Frey

Gegen die direkte Demokratie werden in letzter Zeit verstärkt Vorbehalte und Bedenken geäussert. Sie wird etwa als ein «Risiko für die politische Stabilität» angesehen, wie es vor einer Woche in dieser Zeitung hiess. Zuweilen wird eine Entscheidung, wie diejenige der britischen Wählerinnen und Wähler zum Austritt aus der EU, sogar als grandioser Fehler bezeichnet. Der direkten Demokratie werden dabei verschiedene Mängel vorgeworfen:

Die Abstimmenden seien schlecht informiert, heisst es oft. Die Wählenden müssen den Inhalt der Vorlagen nicht im Detail kennen und verstehen. Sie müssen nur über den grundlegenden Aspekt Bescheid wissen. Dazu dient vor der Abstimmung eine intensive Diskussion in den klassischen und neuen Medien. Eine Volksbefragung darf von einer Regierung nicht dann angesetzt werden, wenn sie selbst ratlos ist, wie dies David Camerons britische Regierung war. Die Bevölkerung soll auch nicht eine bereits feststehende Politik sanktionieren, wie dies soeben in Ungarn der Fall war.

Das Stimmvolk darf ausserdem nicht mit zu vielen Vorlagen überhäuft werden. In Kalifornien etwa wird das Volk gleichzeitig mit vielen Dutzenden Fragen konfrontiert. Niemand kann dann vernünftig entscheiden. Deshalb nehmen manche amerikanischen Forscher gegen die direkte Demokratie – und sogar gegen die Demokratie als Ganzes – Stellung. In der Schweiz brauchen wir hingegen an einem Abstimmungsdatum jeweils nur über drei oder vier Vorlagen auf kommunaler oder kantonaler Ebene und auf Bundesebene zu entscheiden.

Die Ökonomen Alois Stutzer und Matthias Benz haben mit einer sorgfältigen Untersuchung anhand der Volksabstimmungen in verschiedenen Ländern der EU gezeigt, dass sich die Bevölkerung besser über politische Probleme informiert, wenn sie mitbestimmen darf. Hingegen ist es für den einzelnen Bürger sinnlos, sich vertieft über die Vor- und Nachteile einer Vorlage zu informieren,

wenn diese von einer Regierung einfach beschlossen wird.

Gegen Volksabstimmungen wird auch häufig vorgebracht, die Bevölkerung sei überfordert und verfüge nicht über die notwendigen Fähigkeiten, eine vernünftige Entscheidung zu fällen. Vielmehr sollen Experten und professionelle Politiker massgeblich sein. Bei Volksabstimmungen geht es jedoch nicht darum, eine Vorlage in allen Einzelheiten zu kennen; die Gesamtausrichtung ist entscheidend. Die Bevölkerung kann sich in der Abstimmungsbroschüre oder an den Parolen einer Partei oder Interessengruppe orientieren. Die Meinung der Experten sollte nicht überschätzt werden. Zur Gesamtwirkung einer Vorlage gibt es auch unter Experten unterschiedliche Meinungen – was bei komplexen Entscheidungen nicht überrascht.

In einer repräsentativen Demokratie entscheiden professionelle Politiker. In der Regel ist der Einzelne jedoch schlecht informiert, weil die Parteispitze festlegt, wie im

Parlament abgestimmt werden muss. Zwischen Vor- und Nachteilen können bestenfalls die Vertreter in den einschlägigen Kommissionen abwägen. Es wäre jedoch naiv, anzunehmen, dass dort vorwiegend im Sinne des Gemeinwohls entschieden wird. Im Vordergrund stehen Parteiinteressen und Wiederwählerwägungen.

Eine direkte Demokratie ist selbstverständlich nicht ideal, sondern sollte laufend verbessert werden. Dazu einige Vorschläge:

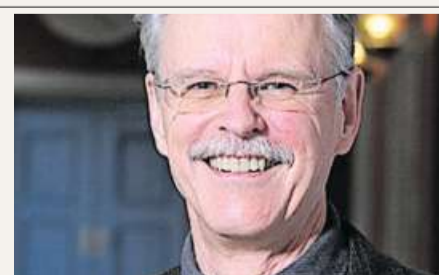
Bei knappen Abstimmungsergebnissen – etwa beim Radio- und Fernsehgesetz, zu dem 50,1 Prozent Ja und 49,9 Prozent Nein sagten – sollte in der Verfassung ein zwingender Konsensprozess festgelegt werden. Ein für alle vorteilhafter Vorschlag muss wieder dem Volk vorgelegt werden.

Ausländern sollte ein gewichtetes Stimmrecht eingeräumt werden, denn auch sie werden durch die politischen Entscheidungen betroffen. So könnte ihre Stimme in den ersten zwei Jahren des Aufenthalts im Lande zu 20 Prozent zählen, nach fünf Jahren zu 50 Prozent und nach zehn Jahren zu 100 Prozent, was zudem die Integration wesentlich fördert. Im digitalen Zeitalter ist dies leicht zu bewerkstelligen.

In einer Demokratie können Zufallsverfahren fruchtbar eingesetzt werden. So könnte die Regierung, ein Teil des Parlamentes, eine dessen Kammern oder Ausschüsse zufällig aus der Bevölkerung ausgewählt werden, wodurch eine wirklich repräsentative Vertretung erreicht wird. Das politische System öffnet sich für neue Ideen und Ansichten, was einer Verkrustung entgegenwirkt. Kompetenz für bestimmte Positionen lässt sich durch eine Kombination mit direkten Wahlen erreichen. Die Zufallswahl wird dann aus einer von den Wählenden als geeignet angesehenen Grundgesamtheit gezogen.

Die direkte Demokratie kann vielfältig weiterentwickelt werden. Im Vergleich zu allen anderen politischen Systemen ist die direkte Demokratie die Demokratie der Zukunft.

Bruno S. Frey



Bruno S. Frey, 75, ist Ökonom und ständiger Gastprofessor an der Universität Basel. Zuvor war er Professor an den Universitäten Konstanz, Zürich, Chicago, Warwick und Friedrichshafen. Er hält fünf Ehrendoktorate aus fünf Ländern. Frey hat 21 Bücher und über 600 Artikel in wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht.